

Einheitsgewerkschaft in evangelischer Sicht

I.

Die evangelische Sicht, von der hier die Rede ist, ist formal nicht die Sicht der Evangelischen Kirche Deutschlands. Eine Stellungnahme etwa des Rates der Evangelischen Kirche zur Frage der Einheitsgewerkschaft liegt nicht vor, ebensowenig eine solche der Generalsynode. Wir finden aber eine große Anzahl von Äußerungen aus den Reihen repräsentativer kirchlicher Amtsträger, evangelischer Verbände, Arbeitskreise und Presseorgane. Es sind Stimmen von Gewicht, und sie dürften in ihrer Gesamtheit doch so etwas wie eine evangelische Sicht darbieten. Es sind nicht voneinander abweichende Einzelstimmen, sondern es ist in erstaunlicher Weise ein Gemeinschaftschor, bei dem selbst die auch vorhandenen Dissonanzen die Harmonie nicht stören.

Diese Tatsache hat ihre guten Gründe. An die Frage der Einheitsgewerkschaft wird nicht isoliert herangegangen. Sie wird in einem größeren Zusammenhang gesehen. Sie ist ein Teil des umfassenderen Fragenkomplexes Kirche und Arbeiterschaft. Diese Sicht bewahrt vor Kurzschlüssen, denn sie rollt die ganze Problematik dieses Verhältnisses neu auf. Sie zwingt zur Selbstbesinnung. Sie führt zur Erkenntnis, daß in diesem Verhältnis vieles falsch war, und zu dem Willen, dieses Verhältnis in die rechte Ordnung zu bringen.

Auch das hat seine guten Gründe. Die Evangelische Kirche ist durch Erschütterungen hindurch zu einer erneuten Erfassung dessen gekommen, was ihr Wesen ausmacht. Sie will Kirche, nichts als Kirche sein. Damit ist sie zu einer Souveränität durchgestoßen, die es ihr erlaubt und gebietet, zu den Dingen des sozialen Lebens nur als Kirche Stellung zu nehmen, einen Weg zu gehen, der sich von dem des 19. Jahrhunderts tief unterscheidet.¹⁾ Damit ist zugleich gesagt, daß die evangelische Sicht der Einheitsgewerkschaft nicht aus dem 19. Jahrhundert stammt. Es kann ganz allgemein behauptet werden, daß die Evangelische Kirche vor allen anderen sozialen Gruppierungen dieses 19. Jahrhundert am meisten überwunden hat, daß sie in dieser Hinsicht wohl das Fortschrittlichste darstellt, das es augenblicklich gibt. Denn das muß mit aller Deutlichkeit von vornherein gesagt werden: Nur wenn es gelingt, die zeitbedingten Anschauungen des 19. Jahrhunderts abzubauen, werden wir zu einer Sicht der sozialen Dinge, und damit auch der Einheitsgewerkschaft, gelangen, die konstruktive Lösungen im sozialen Raum ermöglicht. Nur dann werden wir den Begriffswandel erkennen, dem alle Begriffe des vorigen Jahrhunderts unterworfen sind. Nur dann werden wir sie nicht mehr als Schlagworte gebrauchen, sondern sie in ihrem heutigen Wirklichkeitsgehalt erkennen und ihre falsche Anwendung — bewußt oder unbewußt falsch — entlarven. Dieses Streben nach dem Wirklichkeitsgehalt überkommener Begriffe ist typisch für die evangelische Sicht der Einheitsgewerkschaft und ein beglückendes Zeichen für die künftige Entwicklung des Verhältnisses zwischen Evangelischer Kirche und Arbeiterschaft.

II.

Bevor darauf näher eingegangen wird, soll aus der evangelischen Sicht der Einheitsgewerkschaft jener Realismus hervorgehoben werden, der die parteipolitische Lage der evangelischen Kirche rein äußerlich nüchtern analysiert. *Klaus von Bismarck*, der Leiter des Sozialamtes der Evangelischen Kirche Westfalens, spricht davon, daß die Evangelische Kirche da, wo sie als Ganzes auftritt, den Spannungsbogen von der SPD bis zu den Rechtsparteien umgreift.²⁾ Diese simple Tatsache kann nicht

1) Zum Verständnis dieses und auch des Folgenden siehe Lutz „Evangelische Soziallehre“ in *Gewerkschaftl. Monatshefte* 1952, Heft 5

2) „Kirche und Mann“ November 1953

EINHEITSGEWERKSCHAFT IN EVANGELISCHER SICHT

nachdrücklich und oft genug festgestellt werden. Sie verwehrt von vornherein die üble Trennung der Schafe von den Böcken, indem man die einer christlichen oder auch nur bürgerlichen Partei angehörenden Arbeiter als Christen ansieht, die zu den Sozialisten sich haltenden aber offenbar in Bausch und Bogen als Nichtchristen abstempelt. Daß es so nicht geht, darauf wird in der evangelischen Sicht der Einheitsgewerkschaft hingewiesen. Wenn diese Dinge allgemein so gesehen würden, wie sie sind, würde nicht nur das Problem der Einheitsgewerkschaft wahrhaftiger gesehen, es würde auch eine Entgiftung des politischen Bereiches überhaupt eintreten. Es ist unverantwortlich, wenn, so drückt sich *Johannes Doehring* aus, „einmal vor der Geschichte die Entscheidungen, die uns in der Mitte des 20. Jahrhunderts aufgetragen sind, als ein blasser und müder Nachhall aus längst überholten Reminiszenzen des 19. Jahrhunderts erkannt werden müßten“.³⁾ Die falsche Gleichung bürgerlich = christlich und ihre Entgegensetzung zu der ebenso falschen sozialistisch = unchristlich ist einfach ein Anachronismus. Wenn diese Formel trotzdem heute noch gebraucht wird, so geht es nicht mit rechten Dingen zu. Daß sie auf evangelischer Seite kaum mehr angewandt wird, ist erfreulich und eine Hauptvoraussetzung für ein echtes Gespräch über die Einheitsgewerkschaft.

Aus der nüchternen Erkenntnis dieser Sachlage heraus ist man sich auf evangelischer Seite klar darüber, daß bei Gründung christlicher Gewerkschaften die weitaus überwiegende Mehrzahl der evangelischen Arbeiter beim Deutschen Gewerkschaftsbund verbleiben würde. Das Zahlenverhältnis zwischen evangelischen und katholischen Arbeitern innerhalb einer etwaigen christlichen Gewerkschaft wird gelegentlich mit 1:6 angegeben⁴⁾. Das dürfte stimmen. Von einer christlichen Gewerkschaft im Vollsinn des Wortes kann aber dann nicht die Rede sein, wenn Millionen von christlichen Arbeitnehmern ihr nicht zugehören, sondern in einer anderen, sogenannten nichtchristlichen Gewerkschaft organisiert sind. Wenn dem entgegengehalten wird, daß es zur Kennzeichnung einer Gewerkschaft auf deren Geist ankommt, dann muß erwähnt werden, daß hier die Dinge sich vermischen und daß in bezug auf die Gestaltung der sozialen Ordnung der Unterschied zwischen christlich und nichtchristlich ebensowenig gemacht werden kann wie bei den Mitgliedern und Wählern christlich-bürgerlicher und sozialistischer Parteien.

III.

Wie von evangelischer Seite die Gleichung sozialistisch = nichtchristlich nicht vollzogen wird, so wird auch die Gleichung sozialistisch = marxistisch nicht aufgestellt. *Lord Pakenham*, der frühere englische Deutschlandminister, hat in seinen Erinnerungen „Mein Abschied von den Deutschen“ als die Tragödie des europäischen Sozialismus seinen marxistischen Ursprung bezeichnet. Man muß wohl zugestehen, daß die Auseinandersetzungen zwischen christlich und sozialistisch nicht die Schärfe angenommen hätten oder gar ganz unterblieben wären, wenn es anders gewesen wäre. England ist Beispiel dafür. Auf die Frage, wessen Konto mit dieser Auseinandersetzung zu belasten ist, soll und kann hier nicht eingegangen werden. Jedenfalls würde uns dann die Auseinandersetzung um die Einheitsgewerkschaft ebenfalls erspart geblieben sein. Da nun aber einmal die Dinge in Deutschland anders gelaufen sind, muß wohl die Frage erörtert werden, wie es denn mit diesem Marxismus in der Einheitsgewerkschaft steht. Auch das wird in der evangelischen Stellungnahme zur Einheitsgewerkschaft getan.⁵⁾

Diese Frage wird als das eigentliche Problem der Einheitsgewerkschaft gesehen, da sie viel weiter und tiefer greift als das Acht-Punkte-Programm. Dieses muß versagen,

3) „Die Gewerkschaftsfrage“ in „Sonntagsblatt“ 1953 Nr. 43

4) „Sonntagsblatt“ 1953 Nr. 43

5) Eberhard Müller in „Christ und Welt 12. 8. 53; Johannes Doehring in „Sonntagsblatt“ 25. 10. 53

weil es rein äußerlich und mechanisch auf eine Machtverschiebung im Funktionärkorps gerichtet ist. Durch Mitbestimmung einiger christlicher Funktionäre im DGB wird das Gewerkschaftsproblem nicht gelöst, weil so die notwendige geistige Wandlung nicht herbeigeführt wird.⁶⁾ Diese geistige Wandlung geht über das hinaus, was *Karl Arnold* als das einzige Ziel der christlichen Arbeitnehmer im DGB bezeichnet, nämlich „endgültig eine Geisteshaltung herbeizuführen und für die Zukunft zu sichern, die die religiöse Toleranz, die parteipolitische Neutralität und den gebührenden Respekt gegenüber der Auffassung der Mehrheit wie auch der Minderheit in sachlicher wie in personeller Hinsicht gewährleistet“. Die aus evangelischer Sicht geforderte geistige Wandlung soll die Abkehr von der marxistischen Ideologie bezwecken. Das hängt nun freilich mit dem von Arnold aufgezeigten Ziel aufs engste zusammen. Denn jene religiöse Toleranz, jene parteipolitische Neutralität und der gebührende Respekt sind bei einem Festhalten der marxistischen Ideologie kaum möglich. Aber halten denn die „marxistischen“ Gewerkschaftsführer diese Ideologie noch fest? Muß nicht überhaupt gesagt werden, daß auch die sogenannte marxistische Gewerkschaftsrichtung von vornherein gerade auf das wenig Gewicht legte, was den Motor der politischen Arbeiterbewegung ausmachte? War denn nicht von vornherein die soziale Reform, in der sie sich mit der christlichen Soziallehre trafen, wichtiger als die soziale Revolution? Waren denn nicht diese Gewerkschafter die typischen Vertreter eines Revisionismus, der doch eine Abkehr von der marxistischen Ideologie bedeutete? Es wird von evangelischer Seite anerkannt, daß „auch die alten marxistischen Gewerkschaftsführer, die heute im Amt sind, inzwischen ihrer marxistischen Ideologie weithin entsagt haben“.⁷⁾ Diese Tatsache braucht aber nicht zu bedeuten, daß *Karl Marx* nun ganz über Bord geworfen werden muß. Mit diesem Problem befaßt sich *Johannes Doehring* in seiner Stellungnahme zur Einheitsgewerkschaft.⁸⁾ Er erwähnt die Studienkommission für Fragen des Marxismus, die die Evangelischen Akademien gebildet haben, und bespricht das Ergebnis ihrer Arbeit. Wir möchten es unter Benutzung und Ergänzung dieses Ergebnisses so formulieren, daß in der marxistischen Ideologie Realismus und Utopismus zu unterscheiden sind. Der Realismus ist nach einem Wort *Masaryks* die Verwerfung des Idealismus, der es versäumt hat, für Hungernde Brot zu schaffen, ist das Ernstnehmen der Leiblichkeit des Menschen. Dieser Realismus ist zugleich Humanismus, denn es geht ihm um die menschliche Existenz des Menschen, der in der Selbstentfremdung nicht mehr Mensch ist. Dieser Realismus umgreift aber auch die sogenannte materialistische Geschichtsauffassung, sofern sie nichts weiter ist als die Anerkennung der leiblichen Grundlage aller menschlichen Existenz und eine Methode zur Erkenntnis geschichtlicher Entwicklungen und Epochen. Bis dahin und so verstanden, kann eine solche Ideologie allgemein anerkannt werden. Sie entspricht der urchristlichen, reformatorischen und gegenwärtig wiedererkannten und mit Nachdruck bekannten These: „Das Ende der Wege Gottes ist die Leiblichkeit.“

Diesem Realismus steht als Utopismus gegenüber die Vision des Paradieses auf Erden in einer klassenlosen Gesellschaft, aufgebaut auf der Überzeugung von der Vollkommenheit des Proletariats, also auf einer Verkennung der unverrückbar gegebenen Struktur des Menschen, aus der er nicht ausbrechen kann; aufgebaut auf der Überzeugung, daß ein institutioneller Vorgang, wie Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, die vollkommene Ordnung schaffen, die schlagartige Lösung der sozialen Probleme bewirken könne.

Es ist dieser marxistische Utopismus, der in den evangelischen Äußerungen zur Einheitsgewerkschaft abgelehnt wird und vom Evangelium her abgelehnt werden muß.

6) „Christ und Welt“ 8. 10. 53

7) Eberhard Müller in „Christ und Welt“ 12. 8. 53

8) „Sonntagsblatt“ 25. 10. 53

EINHEITSGEWERKSCHAFT IN EVANGELISCHER SICHT

Das heißt aber nicht, daß ein Zusammenarbeiten auch mit solchen „radikalen“ Sozialisten innerhalb einer Einheitsgewerkschaft unmöglich ist. *Eberhard Müller*, Leiter der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen, betont, daß die Christen keinen Totalitätsanspruch innerhalb der Gewerkschaft erheben, sondern eine ehrliche Zusammenarbeit mit allen Gruppen bis hin zu den radikalen Gruppen unter den Sozialisten erstreben. Er sagt dies ganz bewußt mit besonderem Nachdruck. Die Radikalen dürfen nur nicht die Absicht verraten, die Christen in den Gewerkschaften mundtot zu machen. Es geht ihm um die innere Lebendigkeit der Gewerkschaftsbewegung, **die** darin begründet ist, daß die verschiedenen Meinungen in ehrlichen Kämpfen zum Aus-
trag kommen. Sie können sich durchaus ergänzen, sofern beide Seiten die Gelegenheit haben, ihren Standpunkt in allen Versammlungen und Presseveröffentlichungen der Gewerkschaftsbewegung offen zur Diskussion zu stellen⁹⁾.

Aber es muß nun doch gefragt werden: Sind solche radikalen Sozialisten, solche utopischen Marxisten in der Einheitsgewerkschaft noch typisch für den sogenannten nichtchristlichen Teil der Arbeitnehmerschaft, also des Teils, der von den früheren Gewerkschaften herkommt oder zu ihnen stoßen würde, falls sie bestünden? Ist es richtig, wenn behauptet wird, daß die Masse der Funktionäre des DGB sich genau in der gleichen Lage befindet wie das mittlere Funktionärstum der SPD, daß also die alten marxistischen Überzeugungen (der utopische Marxismus!) nicht über Bord geworfen worden sind?¹⁰⁾ Kann man das in solcher eindeutigen Gewißheit sagen? Muß man nicht anerkennen, daß hier ein Lösungsprozeß im Gange ist, der Verheißung hat?

Zu allem ein Vorschlag: Wäre es nicht sachlicher, wenn die Gruppen innerhalb der Einheitsgewerkschaft nicht als Christen und Nichtchristen abgestempelt würden, was nicht stimmt, sondern als Realisten und Utopisten bezeichnet würden? Dann würde sich bald zeigen, daß der Sog des Realismus auch die Utopisten erfaßte und die Kritik an der Einheitsgewerkschaft aus dem Kreuzfeuer falscher Fronten befreit würde. Nichts ist heute verheerender im sozialen Leben als das Bestehen und Verhärten falscher Fronten. Wir schließen uns voll und ganz dem Worte *Doehring's* an: „Es kommt darauf an, daß alle, die guten Willens sind und die Kraft des Geistes und Charakters besitzen, wo immer sie stehen, gemeinsam die echte Front suchen, in der geschichtliche Entscheidungen gefällt werden können¹¹⁾.“ Warum ist es so schwer, daß echte Bundesgenossen sich finden, und warum stürzen wir immer wieder so leicht in falsche Koalitionen?

IV.

Solche grundsätzlichen Erwägungen nehmen in den Erörterungen der evangelischen Publizistik zur Frage der Einheitsgewerkschaft einen großen Raum ein. Ihnen gegenüber tritt das Acht-Punkte-Programm in seinen Einzelheiten zurück. Gerade weil in evangelischer Sicht die Frage der inneren Wandlung des Gewerkschaftsbundes ein ernstes Anliegen ist, muß das rein äußerlich und mechanisch auf eine Machtverschiebung im Funktionärkorps gerichtete Acht-Punkte-Programm der CDU versagen¹²⁾. Zudem besteht in evangelischen Kreisen eine Scheu vor der verlangten Fraktionsbildung innerhalb des DGB. *Klaus v. Bismarck* hat eine Betrachtung angestellt, in der er betont, daß der Bewegungsraum der Christen innerhalb der Einheitsgewerkschaft institutionell nicht abzusichern ist. Wenn auch die Frage, wie der Erkenntnis Rechnung getragen werden kann, daß in der heutigen Gesellschaft Zusammenschlüsse notwendig sind, um auch die Christen innerhalb des DGB zu Gehör zu bringen, ohne daß eine syndikalistische Lahmlegung von Gesamtentscheidungen befürchtet werden muß, noch der Erörterung bedarf, so mahnt er doch vor der falschen Hoffnung, die Probleme

9) „Kirche und Mann“ Oktober 1953

10) „Christ und Welt“ 8. 10. 53

11) „Sonntagsblatt“ 25. 10. 53

12) „Christ und Welt“ 8. 10. 53

der Zusammenarbeit durch institutionelle Sicherungen zu lösen¹³). Die entscheidende Frage, zu der diese Betrachtung führt, ist die, ob für die Christen innerhalb der Einheitsgewerkschaft heute tatsächlich so *viel* Bewegungsfreiheit gegeben ist, daß sie in rechter Weise mitarbeiten können. Die Spielregeln der Arbeit innerhalb moderner Großorganisationen können auch bei formaler Respektierung demokratischer Satzungen der Minderheit eine tatkräftige Mitarbeit unmöglich machen. Und hier ist nun in der Tat die Frage der institutionellen Sicherung offen. Wenn auch eine Fraktionsbildung innerhalb der Gewerkschaft abgelehnt wird, so glaubt man doch nicht, auf Gruppenbildung verzichten zu können, weil in der Massengesellschaft der einzelne erfahrungsgemäß ein reines Objekt des Willens jener ist, die die Verbände führen, wenn er nicht das Recht hat, mit Gesinnungsgenossen zu kooperieren und gemeinsam seine Anliegen zu Geltung zu bringen¹⁴). So sind evangelische Betriebsgruppen entstanden, die zum Beispiel in Württemberg durch gütliche Vereinbarung mit den Betriebsräten ihre Angehörigen in den Betriebsrat wählen lassen können¹⁵). Auf diese Weise wird die Möglichkeit geschaffen, daß solche Arbeitnehmer auch in die höheren Gremien gewählt werden. Es findet sich auch der Hinweis, daß die Mehrheit die Minderheit ermutigen müßte, mitzuarbeiten. Wenn das geschähe, dann bedürfte es freilich nicht irgendeiner besonderen institutionellen Sicherung.

V.

Die Einheitsgewerkschaft ist in evangelischer Sicht nicht nur von christlicher Seite bedroht, sondern auch von der SPD nahestehenden Kreisen des DGB. Die Satzungsvorschrift der parteipolitischen Neutralität sei ihnen ein Hindernis, wenn es gälte, die stärkste Kampftruppe des Sozialismus aufs politische Kampffeld zu führen¹⁶). Das Risiko des Ausscheidens einiger hunderttausend Mitglieder sei besser als die dauernde Rücksichtnahme auf die politische Einstellung der ehemaligen christlichen Gewerkschafter. Man glaubt vor einer solchen Haltung warnen zu müssen. Es sind taktische Erwägungen, die hier angestellt werden. Nicht eigentlich Erwägungen aus evangelischer Sicht, aber von evangelischer Seite, die dem DGB Sympathien entgegenbringt. Und deshalb seien sie kurz erwähnt: Ein Alles-oder-Nichts-Standpunkt kann unter den gegebenen Kräfteverhältnissen nur beim Nichts enden. Ein gewerkschaftlicher Kurs, der sich die Freundschaft derer verscherzt, die aus christlichem Verantwortungsbewußtsein auch in nichtsozialistischen Parteien für die Interessen der Arbeiterschaft eintreten, ist bei den gegebenen Kräfteverhältnissen mit mathematischer Sicherheit zum Scheitern verurteilt.

VI.

Die mitgeteilten Stimmen sind solche von evangelischen Persönlichkeiten, die im kirchlichen Raum, gerade auch was die Dinge des sozialen Lebens anbelangt, maßgebende Rollen spielen. Nun muß aber auf eines verwiesen werden. Das erwähnte Acht-Punkte-Programm ist auch von den Evangelischen Arbeitervereinen unterschrieben worden. Sie haben sich der scharfen Kritik der KAB am DGB angeschlossen. Diese Evangelischen Arbeitervereine stellen nichts Neues dar, sondern haben eine

13) „Kirche und Mann“ November 1953

14) Eberhard Müller: „Freiheit in der Gewerkschaft“ Zeitwende 1953, Heft 7

15) Hinter dieser Arbeit steht die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen, die sich zusammensetzt aus dem Evangelischen Arbeiterwerk des Männerdienstes, der Evangelischen Arbeiterbewegung, der Evangelischen Akademien und des Jugendwerkes. Ziel der Arbeit ist, die evangelischen Arbeiter aus ihrer Vereinsamung im Betrieb zu befreien, ihnen ihre Verantwortung für den Betrieb deutlich zu machen und sie instand zu setzen, innerhalb ihres Werkes und innerhalb ihrer Berufsorganisation eine positive Wirkung auszuüben.

16) „Kirche und Mann“ Oktober 1953

EINHEITSGEWERKSCHAFT IN EVANGELISCHER SICHT

bewegte Geschichte hinter sich. Das Verhältnis der Kirche zu ihnen ist nicht immer ganz ohne Reibungen, was z. B. deutlich wird an den Beziehungen zum Evangelischen Männerdienst. Es spielen hier zum Teil Reminiszenzen an Thron und Altar und der damit verbundene Gegensatz zur Sozialdemokratie eine Rolle, zu der die Evangelische Kirche nach 1945 ein neues Verhältnis zu schaffen gewillt ist. Die Evangelischen Arbeitervereine sprechen nicht im Namen der evangelischen Arbeiterschaft schlechthin; sie repräsentieren nur einen verhältnismäßig kleinen Teil derselben. Ihre scharfe Kritik an der Einheitsgewerkschaft ist besonders deutlich geworden nach dem Wahlauftritt des DGB. Bis dahin war die positive Stellung zur Einheitsgewerkschaft kaum zu bezweifeln. Am 8. 6. 1952 wurden bei der Wiedergründung des Gesamtverbandes Evangelischer Arbeitervereine als Evangelische Arbeiterbewegung offiziell die Notwendigkeit und die Verdienste der großen Einheitsgewerkschaft gewürdigt. Selbst im Wahlauftritt blitzt der Gedanke der Spaltung wohl auf, aber der Wunsch nach Erhaltung der Einheitsgewerkschaft scheint zu dominieren. Jedenfalls deutet in der Entscheidung des Gesamtverbandes zum Wahlauftritt des DGB nichts darauf hin, daß das nicht der Fall ist¹⁷⁾.

VII.

Das Ja sagen zur Einheitsgewerkschaft kann echt und kann unecht sein. Unecht ist es z. B., wenn sie nicht abgelehnt wird und zugleich erklärt wird, man glaube nicht an das Dogma, daß nur eine Einheitsgewerkschaft die Arbeiter vertreten könne. Unecht ist es ebenso, wenn die Einheitsgewerkschaft bejaht wird, weil es etwa bei der augenblicklichen Einstellung der Arbeiter nicht möglich sei, eine Sondergewerkschaft zu gründen. So könnte hier noch eine ganze Liste von Möglichkeiten unechter Bejahungen aufgestellt werden.

Demgegenüber muß klar herausgestellt werden, daß die evangelische Sicht der Einheitsgewerkschaft ganz eindeutig positiv ist. Sie ist ein echtes Ja. Die Stimmen der erwähnten Publizisten, der Essener Kirchentag von 1950, die Erklärung der Evangelischen Kirche Westfalens aus demselben Jahr, die der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen in diesem Jahr — um nur diese zu nennen —, sie sind sich darin einig, alles zu fördern, was der Einheit der Gewerkschaft dient. Die eindrucksvollste Kundgebung ist die des von Bischof *Lilje* herausgegebenen Sonntagsblattes vom 27. 9. 1953. Auf der Titelseite, neben einem Bild, das einen aufgerollten Drahtzaun zwischen zwei Arbeitnehmergruppen zeigt, steht in Fettschrift die Parole: *Einheit der Gewerkschaften muß bleiben!*

Das ist die Grundhaltung. Und wenn bei solcher Grundhaltung gewisse Wünsche geäußert oder auch Maßnahmen getroffen werden, so sollte man dem nicht mit Mißtrauen begegnen. Es gibt keine geistigen Vorbehalte. Es gibt im Raum der Evangelischen Kirche auch keine Herrschaftsansprüche. Wenn auch vielleicht beide Seiten noch zu wenig das eigentliche Wesen des anderen kennen, die Evangelische Kirche jedenfalls bemüht sich ernstlich um solche Erkenntnis, und das sollte erwidert werden.

Zur Beantwortung der Schlußfrage, wie denn die Bejahung der Einheitsgewerkschaft aus evangelischer Sicht begründet wird, können wir auf das hinweisen, was grundsätzlich bereits gesagt ist. Wir können es uns ersparen, auf alle Einzelheiten solcher Begründung einzugehen, weil wir alles in einem einzigen Satz zusammenfassen können: *Das evangelische Ja zur Einheitsgewerkschaft wird gegeben, damit nicht das 19. Jahrhundert über das 20. Jahrhundert und die Zukunft triumphiere!*

17) Veröffentlicht im „Evangelischen Arbeiterboten“, September 1953